

Antrag 143/I/2018**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Gendergerechte Sprache im Schriftverkehr der Banken ermöglichen und durchsetzen**

1 Der Bundesparteitag möge darauf hinwirken, dass al-
 2 le in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Ban-
 3 ken, auch soweit es sich nur um Filialbetriebe handelt,
 4 den gesamten Schriftverkehr, einschließlich Formularen,
 5 in gendergerechter Sprache abwickeln. Insbesondere soll
 6 er sich dafür einsetzen, dass die Banken ihre IT-Systeme
 7 so umstellen, dass die Verarbeitung von gendergerechtem
 8 Schriftverkehr möglich ist.

9

10

Begründung

12 Am 13.03.2018 entschied der Bundesgerichtshof, dass
 13 Frauen* keinen Nachteil erleiden, wenn Sie in Formularen
 14 und Vordrucken mit dem generischen Maskulinum bei-
 15 spielsweise als „Kunde“ oder „Kontoinhaber“ angespro-
 16 chen werden. Die Begründung des Gerichts argumentiert
 17 im Kern mit der seit 2.000 Jahren „historisch gewachse-
 18 nen Übereinkunft“. Damit macht das Gericht letztlich die
 19 lange Dauer patriarchalischer Strukturen zur Grundlage
 20 seiner Rechtsprechung, nicht die im Rechtssystem abge-
 21 bildete Gerechtigkeit und nicht die gesellschaftliche Wirk-
 22 lichkeit.

23

24 Durch die Instanzen geklagt hatte sich Marlies Krämer, die
 25 von der Sparkasse Saarbrücken in Formularen als Kundin
 26 und Kontoinhaberin angesprochen werden will. Die Spar-
 27 kasse Saarbrücken und ihr Dachverband, der deutsche
 28 Sparkassen- und Giroverband, verweigerten ihr die gen-
 29 dergerechte Anrede und sehen sich durch das Gerichts-
 30 urteil nun bestätigt. Während die Richter des Bundesge-
 31 richts sich auf die Kraft der falschen Tradition beriefen,
 32 ist das zentrale Argument des Sparkassen- und Girover-
 33 bands die Schwierigkeit, gendergerechte Formulare in der
 34 Verwaltung und in der Datenverarbeitung einzuführen.
 35 Letztlich sollen hier die IT-Systeme der Banken als Ausre-
 36 de dafür herhalten, Kund*innen nicht angemessen anzu-
 37 sprechen. Während die Umsetzung der massiven Novel-
 38 len von Steuergesetzen und anderen Regularien den Spar-
 39 kassenverband ebensowenig überforderte wie die Einfüh-
 40 rung der IBAN, scheint ihm der Abschied vom generischen
 41 Maskulinum nicht machbar. Vielleicht steht der Verband
 42 noch unter Schock, nachdem seit 1958 Frauen* ohne Zu-
 43 stimmung eines Mannes* ein Konto eröffnen können und
 44 seitdem dafür passende Formulare vorgehalten werden
 45 müssen. Immerhin sind 60 Jahre ein kurzer Augenblick im
 46 Vergleich zu 2.000 Jahren Tradition.

47

-> Zusätzlich an BPT

**Änderung Überschrift: Gendergerechte Sprache im
 Schriftverkehr der Banken ermöglichen und durchsetzen**

48 Weder den Beschluss des Gerichts noch die Haltung des
49 Giro- und Sparkassenverbands können wir Jusos, kann die
50 SPD politisch akzeptieren. Eine gendergerechte Sprache
51 ist für die progressive Entwicklung der Gesellschaft ein un-
52 verzichtbarer Baustein. Als Regierungspartei hat die SPD
53 in Berlin die Chance, in dieser Frage Regelungen mit Mo-
54 dellcharakter zu schaffen. Darum wollen wir Jusos, darum
55 soll die SPD sich einerseits für Gesetze und Verordnungen
56 einsetzen, die Berliner Banken klare Vorgaben zu gend-
57 gerechter Sprache machen. Andererseits sollen Maßnah-
58 men ergriffen werden, damit die Berliner Banken diese
59 Vorgaben auch in ihren IT-Systemen nachvollziehbar ab-
60 bilden können. Damit wird für die Banken und Sparkas-
61 sen in anderen Bundesländern ein Präzedenzfall geschaf-
62 fen, wie gendergerechte Sprache einfach in den alltägli-
63 chen Schriftverkehr übernommen werden kann.